

Weimar. Die unvollendete Demokratie

Einleitung

„Wir haben *den Krieg verloren*. Diese Tatsache ist keine Folge der *Revolution*.“ Kein Zweifel, diese Feststellungen des Volksbeauftragten Friedrich Ebert in der Eröffnungssitzung der Nationalversammlung am 6. Februar 1919' trafen zu. Kein Zweifel aber auch, dass ein erheblicher Teil des deutschen Volkes nicht bereit war, diese Tatsachen anzuerkennen. „Sehr wahr! links. –Lebhafter Widerspruch rechts“, die Protokollnotiz charakterisiert die Situation, die Fronten waren klar. Die Republik aber war, ob sie wollte oder nicht, aus Kriegsniederlage und Revolution geboren, diese Erbschaft konnte sie nicht ausschlagen.

Schon der Versammlungsort, der am 19. Januar 1919 nach allgemeinem, gleichem und geheimem Wahlrecht gewählten Verfassungsgebenden Nationalversammlung ist symbolisch: das Nationaltheater im idyllischen thüringischen Städtchen Weimar, untrennbar verbunden mit einem Höhepunkt deutscher Kultur. Hier hatte deutscher Geist sich am weitesten über das Elend deutscher Politik erhoben.

Weimar – nicht Berlin: Gewiss war es kein Zeichen von Stärke, die Verfassungsberatungen aus der revolutionär erregten Millionenstadt, der preußischen Reichshauptstadt, dem Sitz von Reichstag, Reichsregierung und Reichsrat, in die Provinz zu verlegen. Auch noch im Januar 1919 standen alle genannten Institutionen zur Disposition, die während trüber Novembertage 1918 spontan aufflammende Revolution war noch nicht beendet. Zwar waren ihre Weichen in Richtung auf eine demokratische Republik gestellt, doch war diese Weichenstellung links wie rechts umstritten, die Nation zerrissener denn je. Die Reichshauptstadt war voller ausgemergelter, verstümmelter Soldaten, ein Millionenheer von Hungernden, Arbeitslosen, Unzufriedenen bevölkerte die deutschen Städte.

Welch ein Gegensatz zu jenen fieberheißen Augusttagen des Jahres 1914, als das deutsche Volk sich einig wie nie im Tausend der Kriegsbegeisterung verlor! Nur wenige standen damals abseits, Linke zumeist, Pazifisten allemal. »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche!« hatte der preußische König und deutsche Kaiser Wilhelm II damals ausgerufen, und alle kamen, auch die als »vaterlandslose Gesellen« diskriminierten Sozialdemokraten. Auch sie waren wie die meisten Deutschen überzeugt, es handle sich um einen Deutschland aufgezwungenen Verteidigungskrieg und stimmten am 4. August 1914 im Reichstag geschlossen für die Bewilligung der Kriegskredite, bis es seit 1915 über diese Frage zu einer Spaltung der SPD-Reichstagsfraktion kam und nur noch der Mehrheitsflügel bei dieser Linie blieb. Tatsächlich aber ging es im August 1914 führenden Staatsmännern und politisch einflussreichen Gruppen keineswegs nur um Verteidigung, sondern um zum Teil weitreichende Kriegsziele, die in den Kontext des europäischen Vorkriegsimperialismus und des Hegemonialstrebens des Deutschen Reiches gehören: Doch blieb diese Erkenntnis auch nach Ende des Krieges den Deutschen noch weitgehend verschlossen. Darum war die Empörung über den Kriegsschuldartikel des Versadler Friedensvertrages, der Deutschland – wenn auch aus durchsichtigen nationalistischen Gründen – die Alleinschuld am Weltkrieg zumaß, so groß.

Die vom 6. Februar 1919 bis zum 21. Mai 1920 tagende Weimarer Nationalversammlung stand von Beginn an vor der Notwendigkeit, mit Problemen der jüngsten deutschen Vergangenheit fertigzuwerden. Zu ihren Hauptaufgaben zählte nicht nur Beratung und Beschluss einer neuen Verfassung, sondern auch die Ratifizierung des dem Deutschen Reich von den Siegern aufgezwungenen Friedensvertrages von Versailles, der umfangreiche Gebietsabtretungen, finanzielle Reparationsleistungen sowie eine Reihe völkerrechtlicher Diskriminierungen enthielt.

Die Weimarer Republik ist bis zu ihrem Ende mit der Abtragung dieser existenzbedrohenden kriegsbedingten Hypotheken beschäftigt gewesen. Die Geschichte der Weimarer Republik könnte also ausschließlich unter dem Aspekt ihrer Vorbelastungen und Schwäche geschrieben werden. Aber ist eine so verengte Optik historisch angemessen, ist sie gerecht? Oder sollte nicht vielmehr auch die Leistung dieses Staates, der erste Versuch einer deutschen Demokratiegründung unter denkbar ungünstigen Umständen gewürdigt werden? Kein Zweifel, die Chancen der demokratischen Republik waren von Beginn an gering, doch war sie nicht zwangsläufig zum Scheitern verurteilt.

Die Geschichte von Weimar ist ein Thema, welches ohne das Wissen der Nachlebenden vom Scheitern dieser Republik zwischen Monarchie und nationalsozialistischer Diktatur und um die Folgen dieses Scheiterns nicht darstellbar ist. Sie ist also auch ein Lehrstück deutscher Zeitgeschichte, ein Lehrstück politischer Bildung von ungebrochener Aktualität über Möglichkeit und Gefährdung einer Demokratie. Von melancholisch stimmender Ambivalenz ist die Geschichte der Republik beherrscht. Und so stehen im Mittelpunkt der folgenden Darstellung Entstehung und Bewährungsproben des verfassungspolitischen Systems im Zusammenhang von Gesellschaft, Wirtschaft und Außenpolitik in der Kernzeit der Republik von 1919 bis 1930.